



Joachim Lenz

## United4Rescue

Aus einem evangelischen Impuls wird ein zivilgesellschaftliches Bündnis

Die „Sea-Watch 4, powered by United4Rescue“ geht als zusätzliches Seenotrettungsschiff in diesem Frühjahr auf Mission. Aus kirchlichem Protest gegen die tödlichen Folgen der Abschottung Europas wird eine Maschine der Menschlichkeit mit 1.105 Bruttoregistertonnen. Evangelische Landeskirchen überweisen Geld an einen säkularen Verein, der damit für christliche, europäische, humanitäre Werte einstehen soll. Ein neues Bündnis für Humanität, Menschenrechte und Barmherzigkeit nimmt Gestalt an. Was ist da passiert?

Die Kirche handelt in einer Notlage, statt nur aufzufordern. „Reederei statt Rederei“.

### Tausendfaches Sterben an der Grenze Europas – und die EU sieht zu

Im Frühjahr 2019 beendet die Europäische Union die Seenotrettung von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer zwischen Nordafrika und Italien. Die „Mission Sophia“ hatte dort Schlepperbanden abschrecken sollen, dabei waren durch Marineschiffe aber auch mehr als 50.000 Menschen aus Seenot gerettet worden. Es bleiben die zivilen Seenotretter. Zuvor hatten sie mit der italienischen Küstenwache und dem europäischen Grenzschutz kooperiert; nun müssen sie gegen den Widerstand europäischer Staaten Menschenleben retten.

Gleichzeitig wird versucht, die Seenotrettung zu kriminalisieren. Der italienische Innenminister Salvini lässt Rettungsschiffe beschlagnahmen und stellt Schiffscrews unter Anklage. Aus den Helden der Vorjahre werden angebliche Verbrecher. Europa bekommt die Verteilung von Geflüchteten in der Union nicht geregelt. Rettungsschiffe können Geflüchtete über viele Tage hin nicht an sicheres Land bringen.

Aber es regt sich Widerstand. Immer mehr Städte und Kreise erklären sich im Frühjahr 2019 zu „Si-

cheren Häfen“: Sie sind bereit, Gerettete auf eigene Kosten aufzunehmen. Die Kirchen fordern die Regierungen in Deutschland und Europa auf, das Sterben im Mittelmeer nicht länger zuzulassen. Die „Seebrücke“ und andere organisieren bundesweite Demonstrationen für Menschenrecht und Humanität. Gleichzeitig votieren rechte Parteien immer lauter dafür, die europäischen Grenzen zu schließen und die Seenotrettung ganz zu unterbinden.

### Wir schicken ein Schiff

Beim Evangelischen Kirchentag in Dortmund (19.-23.6.2019) finden sich Menschen zusammen, die dem Sterben flüchtender Menschen im Mittelmeer nicht länger untätig zusehen wollten. Eine Resolution findet eine überwältigende Mehrheit. EKD und Landeskirchen werden darin aufgefordert: „Schickt selbst ein Schiff in das tödlichste Gewässer der Welt. Ein Schiff der Gemeinschaft, der Solidarität und Nächstenliebe. Ein Schiff von uns, von euch, von allen.“ In der Schlusspredigt verstärkt Pastorin Sandra Bils das Anliegen: „Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt.“

Schon in der folgenden Woche stimmen die Kirchenkonferenz, in der alle Landeskirchen vertreten sind, und der Rat der EKD dem Resolutionsanliegen zu. Weil es innerhalb der EKD keine Erfahrung für Seenotrettung gibt, ist das Projekt auf Kooperation angewiesen. Am Ende vieler Gesprächsrunden im Sommer 2019 steht die Idee, die Gründung eines Vereins zu beauftragen, der wiederum ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis auf die Beine stellen soll, um das Schiffsprojekt umsetzen zu können. Im November beschließt der Rat, die EKD-Synode stimmt einmütig zu.

Der Verein „Gemeinsam retten“ wird gegründet und als gemeinnützig eingetragen, das am 3.12.

ins Leben gerufene Bündnis „United4Rescue“ sammelt Geld unter dem Hashtag #wirschickeneinschiff. Bereits Ende Januar 2020 kann das ehemalige Forschungsschiff „Poseidon“ in Kiel für 1,3 Millionen Euro ersteigert werden. Als starker Bündnispartner ist Sea-Watch gewonnen worden. Die Organisation erhält die „Poseidon“ und betreibt sie nun als „Sea-Watch 4“.

### Ein „Kirchenschiff“ zur Seenotrettung?

Die Kirche handelt in einer Notlage, statt nur aufzufordern. „Reederei statt Rederei“. Viele Menschen aus der evangelischen Kirche und ihrem Umfeld lassen sich von der Idee begeistern und sind zur Unterstützung bereit. Andere sind gegen dieses politische Engagement: Warum ein „Kirchenschiff“? Wieso „Boot für die Welt“? Landeskirchen melden Austritte, ebenso aber begeisterte Zustimmung aus Gemeinden. Die Frage nach den Aufgaben und der Verantwortung von Kirchen, Gemeinden und einzelnen Christenmenschen in der Welt wird am Beispiel der Seenotrettung virulent und wird kontrovers diskutiert.

Auf kirchenleitenden Ebenen ist die Zustimmung überdeutlich. Das gilt auch im Bereich der Ökumene. Der Ratsvorsitzende Bedford-Strohm und der bisherige Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz Marx üben den Schulterschluss. Landeskirchen und Bistümer unterstützen das Bündnis aus Haushaltsmitteln und/oder laden zu Spenden ein. Die Vereinigung evangelischer Freikirchen tritt dem Bündnis bei, die katholische Bischofskonferenz der Schweiz und die Lutherische Kirche in den Vereinigten Staaten geben fünfstellige Summen.

Die kirchliche Herkunft von United4Rescue ist weiterhin gut erkennbar, im Bündnis sind Landeskirchen, Gemeinden, Dekanate, diakonische Einrichtungen und viele kirchliche bzw. christlich orientierte Organisationen vertreten. Aber auch andere Organisationen wie der Deutsche Gewerkschaftsbund, Amnesty und ProAsyl sind an Bord. Mit Sea-Watch, Ärzte ohne Grenzen, Sea-Eye und der Crew der Lifeline gehören aktive Seenotretter dazu. Eine Liste der inzwischen gut 450 institutionellen Bündnispartner findet sich unter: [united4rescue.com/partners](http://united4rescue.com/partners).

### Vier Forderungen

Das Bündnis setzt sich weiter dafür ein, Seenotrettung zu ermöglichen. Die sich dafür auf dem Mit-

telmeer engagieren, können durch United4Rescue finanziell unterstützt werden. Darüber hinaus will das Bündnis Argumente sammeln und mit Menschen reden. Mit Legenden über angebliche Schlepper-Unterstützung oder Pull-Faktoren soll aufgeräumt werden. Der Parole „Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt.“ wurde Populismus vorgeworfen: natürlich wolle das keiner! Was diejenigen aber wollen, die gegen zivile Seenotrettung sind, bleibt offen. Darauf will das Bündnis aufmerksam machen und will werben für Humanität. Die Verantwortlichen in der deutschen Politik und in Europa sollen Rückenwind für verantwortliche, humanitäre Entscheidungen erhalten.

Die Kirchen, Vereine und Organisationen im Bündnis haben jeweils noch eigene Positionen und oft weitergehende Forderungen zum europäischen Asylsystem oder zur Migrationspolitik. Gemeinsam stehen sie aber dafür ein, dass Seenotrettung erfolgen muss (1), möglichst bald wieder durch die dafür verantwortliche europäische Staatengemeinschaft. Die Kriminalisierung der Seenotrettung ist zu beenden (2). Den geretteten Menschen ist ein faires Asylverfahren zu gewähren (3). Den Kommunen, die sich zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben, muss durch den Innenminister juristisch ermöglicht werden, Geflüchtete auf eigene Kosten zu versorgen (4).

Aus kirchlich-diakonischer Perspektive füllt United4Rescue eine Lücke aus. Evangelische Hilfswerke, allen voran *Brot für die Welt* und die *Diakonie Katastrophenhilfe*, kümmern sich um Menschen in Ländern, aus denen Menschen flüchten. Vielfältige Einrichtungen der *Diakonie* unterstützen die, die hierher fliehen mussten. Das Bündnis hilft, dass Menschen die Flucht hierher überleben. Ein zivilgesellschaftliches Bündnis kann das besser als eine rein kirchliche Initiative. Dem Bündnisverein vertraut die evangelische Kirche daher Geld an, Kollekten und Kirchensteuerermittel, ohne danach noch formale Kontrolle über die Mittelverwendung zu haben. Das ist für die verfasste Kirche ungewohnt. Es ist aber hochwirksam und entspricht dem Auftrag Jesu, Salz oder Sauerteig zu sein. Die Kirche kann nicht alles und sie muss auch nicht alles selber tun wollen.

Joachim Lenz

Pfarrer der Evangelischen Kirche im Rheinland  
und ehrenamtlicher Sprecher von United4Rescue